



2013/03 Thema

<https://ads.jungle.world/artikel/2013/03/centri-sociali-gibt-es-genug>

Über alte und neue soziale Bewegungen. Ein Besuch bei besetzten Häusern in Rom

»Centri sociali gibt es genug«

Von **Federica Matteoni**

Selbstorganisation gegen die Krise. In Rom werden wieder Häuser besetzt.

»Das nennen sie hier ›urbane Requalifizierung‹«, sagt Monia Cappuccini, während sie an einer futuristischen Konstruktion aus Glas und Beton vorbeifährt. Es ist »Eataly«, das Megastore der Slow-Food-Bewegung, ein Tempel für Feinschmecker, in dem auf 17 000 Quadratkilometern ausschließlich Qualitätslebensmittel verkauft werden. »Ein überflüssiger Ort, der aber die Entwicklung dieses Viertels am deutlichsten zeigt«, fährt die Journalistin und Urbanistikforscherin an der Universität La Sapienza in Rom fort.

Einen Gegentrend zur Entwicklung des Viertels verkörpert hingegen das neu besetzte Haus. »Es ist von den Studentenkollektiven der Universität Roma Tre besetzt worden, die sich hier im Viertel gerade eine Menge Immobilien kauft«, sagt Monia. »Ostiense war früher ein Arbeiterbezirk und soll jetzt etwas zwischen Studenten- und Vergnügungsviertel werden.« Die Tür des »Alexis« in der Via Ostiense steht offen. Nicht gerade vorsichtig, dafür aber sehr sympathisch. Im Eingangsbereich steht eine Menge Sperrmüll, an einem Ende ein DJ-Pult, am anderen ein Schild mit der Aufschrift »Bar«.

»Es gibt nicht genug Schlafplätze! Wie viele Leute, sagtest du? Sind es Genossen, kann ich mich darauf verlassen?« Mattias iPhone klingelt ununterbrochen, zwischen einem Anruf und dem nächsten organisiert der junge Philosophiestudent eine Besichtigung. Im ersten Stock ist der Wohnbereich, in den kleinen Zimmern liegen die Matratzen und Schlafsäcke auf dem Boden. »Das hier ist etwas nobler eingerichtet.« Mattia öffnet die Tür zu einem Raum, in dem wenigstens ein Bettgestell steht. »Gemütlich ist es noch nicht, aber wir arbeiten dran.« Das meint er wörtlich. Zu sehen sind im Haus nur Leute in Arbeitskleidung. Wie Andrea, der mit Mundschutz und schwerem Werkzeug in der Hand freundlich grüßt. »Das ist Christa«, stellt Mattia die junge Frau vor, die komplett verumumt mit einer Flasche mit offenbar giftigem Inhalt in der Hand an uns vorbeigeht. Sie kommt aus den Niederlanden. »Ich war am 6. Dezember zufällig zu Besuch in Rom. Meine Gastgeber nahmen mich mit zur Demo. Seitdem wohne ich hier«, sagt sie auf Englisch.

Das seit Jahren unbewohnte Gebäude, das die Besetzerinnen und Besetzer »Alexis« genannt haben, in Erinnerung an den 2008 in Athen von einem Polizisten erschossenen 15jährigen Alexis Grigoropoulos, war bisher im Besitz des kommunalen Wasserversorgungsunternehmens Acea. Es ist eines der neun Häuser, die am 6. Dezember in Rom besetzt worden sind.

»Es war ein historischer Tag«, sagt Monia. Am 6. Dezember hatte die Basisgewerkschaft Fiom zum Streik aufgerufen, und in einer koordinierten Aktion der Studentenbewegung mit den drei römischen Hausbesetzerkollektiven wurden mehrere leerstehende Gebäude in verschiedenen Stadtteilen besetzt. Rund 3 000 Personen, darunter rund 800 Familien, haben innerhalb weniger Stunden eine Unterkunft gefunden. »Direkte Aktionen dieses Ausmaßes zur Wiederaneignung von Wohnraum und Einkommen hatte man in Rom seit den siebziger Jahren nicht mehr gesehen«, sagt Monia.

Die neue Studenten- und Schülerbewegung, die sich in den vergangenen zwei Jahren formiert und radikalisiert hat, scheint weniger vertraut zu sein mit Begriffen wie Wiederaneignung, die aus der Theorie der *Autonomia* stammen. So beschreibt Mattia den 6. Dezember als »den ersten gelungenen Versuch eines *sciopero sociale*«. Der Begriff »Sozialstreik« hat sich im vergangenen Jahr in der linken Debatte über die Krise und die Austeritätspolitik herausgebildet.

In bewusster Abgrenzung zum klassischen Generalstreik, der als Angelegenheit der institutionalisierten Gewerkschaften wahrgenommen wird, definiert sich der Sozialstreik als eine Praxis, die verschiedene soziale Subjekte – Studierende, Prekäre, Arbeitslose, Migranten, Umweltbewegungen – anspricht und der auf direkte Aktionen und Selbstorganisation setzt, um den sozialen Konflikt zu generalisieren.

Eine Generalprobe des Sozialstreiks hatte es bereits am 14. November gegeben, dem europäischen Aktionstag gegen Prekarisierung. Protagonisten der Aktionen in ganz Italien, insbesondere in Rom, waren tausende Studenten und Schüler. Die Polizei ging hart gegen die Demonstrierenden vor, Teenager wurden teilweise brutal zusammengeschlagen. »Es ist die erste Generation, die Genua 2001 nicht erlebt hat«, sagt Monia, deren 15jähriger Sohn auch an den Aktionen teilnimmt. »Sie lassen sich nicht von der Brutalität der Polizei einschüchtern. Sie sind nicht traumatisiert wie wir«, lacht sie.

Der 14. November wurde von vielen als Wendpunkt wahrgenommen, der den sozialen Protest radikalisiert hat. Danach ging dann alles sehr schnell: »Wir haben uns dem Streik der Fiom angeschlossen. Die Zeit war gekommen, von der Symbolpolitik zur direkten Aktion überzugehen«, sagt Mattia.

»Alexis« soll nun ein »Haus für Prekäre und Studierende« werden. »Wir verstehen unseren Kampf aber in einem breiteren politischen Zusammenhang. Es bringt nicht viel, gegen die bildungspolitischen Entscheidungen zu protestieren, denn sie sind auch nur ein Aspekt der Logik der Austerität, die sich in Italien durchgesetzt hat. Wir müssen einen Diskurs über und eine Widerstandspraxis gegen die Krise entwickeln.« Die Proteste gegen die Umstrukturierungen im Bildungsbereich sollen zum Ausgangspunkt für eine breitere soziale Opposition gegen die Krisenpolitik werden.

Auch die internationale Vernetzung sieht Mattia als unabdingbar an: »Wir sind Teil des urbanen Prekariats, das keine italienische Besonderheit ist, und wir halten es für notwendig, den sozialen Konflikt zu generalisieren, jenseits des bloßen Studentismus.« Und um Missverständnisse zu vermeiden, betont er: »Wir wollen hier kein *centro sociale* machen. Davon gibt es genug. Wir wollen hier wohnen, studieren, arbeiten, ganz normal.« Wozu dann das DJ-Pult und die Bar? »Naja, eine Party ab und zu kann nicht schaden«, sagt er lächelnd, »ich meinte, dass es uns politisch um mehr als Freiräume geht.«

Obwohl diese angesichts dessen, was mittlerweile auch die *Mainstream-Medien* *emergenza abitativa* (Wohnungsnotstand) nennen, dringend notwendig wären. Und wenn auch nicht ganz frei, so doch wenigstens bezahlbar. Denn wenn sich etwas in Italien generalisiert hat, ist es die Verarmung. Immer mehr Leute, längst nicht nur die jüngere Generation, leben unter prekären

Umständen. In den Großstädten hat sich die Lage in den vergangenen drei Jahren verschlechtert. In Rom hat sie mittlerweile ein dramatisches Ausmaß angenommen. Im vergangenen Jahr gab es laut offiziellen Daten in der Viermillionenstadt 4 500 Räumungsklagen wegen Zahlungsunfähigkeit, in rund der Hälfte der Fälle kam es zu Zwangsräumungen. Laut Berechnungen von Einwohnerinitiativen sind in Rom täglich zehn Familien von einer Räumungsklage betroffen. Auch Pfändungen von Eigentumswohnungen durch die Banken haben dramatisch zugenommen sowie mehr oder weniger vollständige Räumungen ganzer Wohnhäuser durch Besitzer, die von heute auf morgen Mieterhöhungen bis 100 Prozent verlangen.

Es überrascht daher nicht, dass die Hausbesetzer bei der lokalen Bevölkerung auf Solidarität stoßen. »Die Anwohner sind vorbeigekommen und haben an die Strom- und Wasserversorgung angeschlossen«, erzählt Mattia. Das sei nicht selbstverständlich, man habe sich eher auf Ablehnung eingestellt. »Andere bringen uns Essen vorbei oder schauen einfach mal aus Neugier kurz rein und ermutigen uns dazu, hier zu bleiben.« Ob auf diese Unterstützung zu bauen sei im Falle einer Räumung? »Schwer zu sagen«, gibt Mattia zu. Fakt sei aber: »Den Leuten geht es sehr schlecht und die soziale Stimmung ist nicht gerade friedlich. Die Lage könnte schnell außer Kontrolle geraten.«

In Ponte di Nona sind die Besetzerinnen und Besetzer bereits geräumt worden. In diesem Bezirk in der östlichen Peripherie der Stadt hatten am 6. Dezember rund 80 Familien, koordiniert von den Kollektiven »Coordinamento di Lotta per la Casa« und »Action Diritti in Movimento«, zwei Wohnhäuser besetzt, in einem gespenstischen Wohnblock rund sieben Kilometer vom Stadtring entfernt. Eine kaum urbanisierte Gegend, die von Feldern umgeben ist, auf denen an diesem sonnigen, kalten Vormittag Schafe weiden.

Hier haben die römischen Stadtregierungen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Konzessionen an private Baufirmen vergeben und so sind Wohnhäuser gebaut worden, die heute zum Großteil leerstehen.

»Ponte di Nona, sowie Bufalotta im Norden der Stadt, sind typische Beispiele einer menschenfeindlichen Baupolitik, die nur die Interessen der eigentlichen Herren dieser Stadt vertritt, also der Baulobbyisten«, beschreibt Monia. Es gibt sogar Straßen, die nach den Bauunternehmern benannt wurden, »Via Caltagirone« zum Beispiel, die kein Ende zu haben scheint. Die Wohnsiedlungen sind rund um riesige Einkaufszentren gebaut worden. Und zwar in der Reihenfolge: erst die Mall, dann die Häuser. Kaum Anschluss an den öffentlichen Verkehr, keine Schule, kein Ort, an dem irgendeine Form von sozialem Leben stattfindet. Außer der Mall, natürlich, aber auch die ist, wie im Fall Ponte di Nona, ohne Auto schwer zu erreichen.

Auch hier ist etwas passiert, was man nicht erwartet hatte: »Die Nachbarn halfen den älteren Damen oder Leuten mit Kindern dabei, mit Koffern und Kinderwagen über den Zaun zu klettern, andere applaudierten am Rande«, erzählt Mattia. Da könnten die politischen Institutionen nicht nur eine Frage der öffentlichen Ordnung daraus machen und einfach räumen.

Für bedrohlicher als die staatliche Repression halten die Besetzerinnen und Besetzer vom »Alexis« die Uneinigkeit in der Bewegung über das weitere Vorgehen. »Die historischen Hausbesetzergruppen«, so nennt Mattia sie, wollten sich auf keinen breiteren politischen Diskurs einlassen. »Am 19. Januar soll es eine große gemeinsame Demonstration geben. Bisher gab es aber keine Einigkeit darüber, was der Schwerpunkt werden soll. Wir sagen: Sozialstreik, den Konflikt generalisieren, Selbstorganisation gegen die Krise.« Und die anderen? »Sie beschränken sich auf die Bau- und Mietpolitik in Rom. An erster Stelle stehen für sie immer die Verhandlungen über die Legalisierung der Besetzungen.«

Hier weist Mattia indirekt auf einen entscheidenden Unterschied zwischen den »alten«, aus der globalisierungskritischen Bewegung stammenden Gruppen und den neuen Bewegungen hin. Während die ersten noch in einem – wenn auch konfliktgeladenen und teilweise widersprüchlichen – Verhältnis zur institutionellen Politik standen, haben sich die neuen Protestbewegungen von der Parteipolitik vollständig gelöst und beziehen ihre Stärke gerade aus dieser Ablehnung der politischen Vermittlung.

Ein Beispiel für die erste Tendenz ist das aus der No-Global-Linken hervorgegangene Kollektiv »Action«, dessen Vertreter in die römische Stadtregierung gewählt worden sind. Die jüngste Besetzung von »Action« befindet sich in Cinecittá, im Südosten der Stadt, an der Endhaltestelle der Metro B. Eine Tankstelle, ein Dönerladen, sonst nur Schnellstraßen, die sich chaotisch kreuzen. Das besetzte Gebäude in der Via Tuscolana ist in dieser Landschaft nicht schwer auszumachen. Ursprünglich war es, ausgerechnet in diesem Niemandsland, als Studentenheim gebaut worden, es wurde aber niemals als solches benutzt und stand lange leer. Anders als bei »Alexis« ist das Tor hier verriegelt, eine Gruppe junger, miteinander Arabisch sprechender Männer verweigern freundlich, aber entschlossen den Zugang. Es ist schon dunkel. Nach ein paar Telefonaten taucht Antonio auf, der sich für die Kontaktperson entschuldigt, sie sei auf dem Weg.

Der Gebäudekomplex besteht aus mehreren Häusern mit rund 100 Unterkünften. »110 Familien wohnen hier seit dem 6. Dezember«, erzählt Antonio. »Sie sehen viele Migranten, aber die Hälfte der Leute hier sind Italiener, so wie ich. Die Realität der Besetzungen hat sich seit der Krise stark verändert«, sagt der 55jährige Klempner. »Ich habe meinen Job verloren, und dann meine Wohnung, weil ich die Hypothek nicht mehr bezahlen konnte. Was blieb mir übrig?« Antonio erzählt, dass er in den Siebzigern politisch aktiv war, »als es noch die KP gab. Schöne Erinnerungen«, sagt er nostalgisch. Er kümmert sich hier um die Wasserleitungen und die Kanalisationsarbeiten. »Richtige Wohnungen gibt es hier keine«, gibt er zu, »dafür haben wir aber ein Kinderzimmer für die Kleinen. Hier, das ist Gabriella, sie kümmert sich um die Kinder.« Die Führung endet in einem großen, von einem ungemütlichen Neonlicht beleuchteten Raum, in dem sogar ein improvisierter Weihnachtsbaum aufgestellt wurde. Ein paar Teenager spielen Kicker, andere schieben große Einkaufswagen voller Lebensmittel in die Küche.

Das Essen ist bald fertig, die Leute sammeln sich langsam in dem Raum. Ein bisschen wie bei einer Obdachlosenspeisung sieht es aus, die Stimmung ist aber deutlich besser, und das trotz der Kälte. Die Heizung funktioniert noch nicht. »Die mache ich auch noch klar!« sagt Antonio in die Runde, »aber Leute, stellt euch nicht so an, wir sind doch nicht in Berlin!«.

»Hey Tarzan! Was haben denn die Bullen gesagt, Alter?« So wird Andrea Alzetta begrüßt, Vertreter von »Action« im römischen Stadtrat. Alzetta war 2008 als Vertreter der sozialen Bewegungen auf einer Liste der radikalen Linken gewählt worden und sitzt jetzt für die Fraktion »Roma In Action« im Kommunalparlament. Der Mittvierziger ist von Beruf eigentlich Boxtrainer und eine Institution in der Hausbesetzerszene, in der er besser als »Tarzan« bekannt ist. Er kommt gerade von einem Treffen mit den Behörden, bei dem über die Räumung verhandelt wurde. »Alles klar, Leute, ich denke, bis April sind wir hier sicher«, beruhigt er die anderen, »und wenn nicht, dann überlegen wir uns was. Antó, vielleicht bastelst du weiter an den Wasserschläuchen herum, und wir bauen uns einen eigenen Wasserwerfer, aber wir beschießen sie mit Scheiße, wie wäre das denn?« Die Kinder im Raum mögen die Idee.

»Man sollte nicht so tun, als sei der 6. Dezember aus dem Nichts gekommen«, schildert er seine Sicht des Aktionstags. »In den vergangenen Jahren haben wir die Legalisierung einiger Besetzungen erreicht. Jetzt fordern wir, dass die Stadt Geld in den sozialen Wohnungsbau

investiert und aufhört, öffentliche Immobilien an Private zu verkaufen oder Baulizenzen an immer dieselben Baufirmen zu erteilen, die die Peripherie sinnlos zementifizieren.« Die Krise und die rapide Verarmung hätten ein Problem nur verschärft, das in Rom seit Jahrzehnten bestehe: »Immer mehr wird gebaut und immer mehr Leute gibt es, die sich keine Wohnung leisten können.«

Alzetta kennt sich gut aus mit den vielen Aspekten des Wohnungsnotstands in Rom. »Action« betreibt in mehreren Bezirken sogenannte »Agenzie Diritti«, Agenturen, die sich um die Wohnsituationen der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Die immer schlimmer wird: »2009 gab es 42 000 Anträge für Sozialwohnungen. Seitdem ist nichts passiert. 860 Familien, die am selben Tag Wohnungen besetzen, haben gezeigt, wie explosiv die Lage ist.«

Wie geht es nun weiter? Alzetta ist Pragmatiker. »Wir fordern Verhandlungen über die Bau- und Mietpolitik. Denn es geht nicht nur um vier Wände und ein Dach über dem Kopf, sondern auch darum, die Lebensqualität in den Vierteln zu verbessern.« Von Begriffen wie »Generalisierung des sozialen Konflikts« hält er wenig: »Was heißt denn das, ich unterstütze die Kämpfe, die auf meinem Territorium stattfinden.«

Antonio ist ganz seiner Meinung: »Sozialstreik? Versteh' ich nicht«, sagt er zum Abschied. »Die Realität ist, was Sie hier sehen«, sagt er, während er auf die vielleicht 50 Menschen zeigt, die gerade in ihren Jacken und Mützen am Esstisch Platz nehmen.